

Rat der Religionen - Frankfurt
c/o Evangelische Dekanate, Neue Kräme 26, 60311 Frankfurt

Geschäftsstelle:
Pfarrerin Ilona Klemens
c/o Evangelische Dekanate
Neue Kräme 26
60311 Frankfurt

Tel.: 069 - 4272 617 16
Fax: 069 - 4272 617 19
E-Mail: kontakt@rat-der-religionen.de
www.rat-der-religionen.de

25.01.2012

Rechtsterrorismus als Herausforderung für die Frankfurter Stadtgesellschaft

Seit November 2011 erfährt die deutsche Öffentlichkeit immer mehr Einzelheiten über die „Zwickauer Terrorzelle“ bzw. die rechtsterroristische Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“, die nach bisherigen Erkenntnissen für die Ermordung von 10 Personen verantwortlich sind. Acht von ihnen hatten eine türkische, ein Mann eine griechische Zuwanderungsgeschichte. Die rassistische, ausländerfeindliche Motivation hinter den Verbrechen ist unbestritten.

Wie vom Verfassungsschutz selbst sowie aus Zeitungen zu erfahren war, wurden im Zuge der Ermittlungen auch Listen mit Daten von Personen und Institutionen gefunden. Seit kurzer Zeit ist dem Rat der Religionen Frankfurt bekannt, dass sich dabei Daten Frankfurter Moscheegemeinden befinden. Betroffen ist ebenso die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Frankfurt.

Dazu nimmt der Rat wie folgt Stellung:

1. Wachsamkeit gegenüber Rechtsterrorismus auch in Frankfurt notwendig

Nicht nur mit dem Auffinden dieser Daten wird deutlich, dass rechtsextremistischer Terror auch Frankfurt treffen kann. Die Stadtgesellschaft ist deshalb aufgefordert, weiterhin wachsam und sensibel auf alles zu reagieren, was den Frieden in der Stadt gefährdet.

2. Rechtsextreme Einstellungen als Phänomen der Mitte der Gesellschaft ernst nehmen

„Wehret den Anfängen“, heißt es oft im Blick auf rechtsextremistische Umtriebe angesichts der deutschen Geschichte. Seit Jahren machen eine Vielzahl soziologischer Studien darauf aufmerksam, dass Vorurteile und diskriminierende Haltungen im Blick auf z.B. sozial Schwache oder kulturelle und religiöse Minderheiten zunehmen, längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen und damit nicht mehr nur ein Phänomen am Rande sind. Sie basieren auf der Vorstellung der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit der Menschen. Dies ist eine Einstellung, die dem Menschenbild des Grundgesetzes und der Menschenrechte widerspricht. Politik, Medien und Zivilgesellschaft stehen in der Pflicht, diese den Frieden und die Demokratie gefährdende Entwicklung ernster als bisher zu nehmen und geeignete Strategien und Gegenmaßnahmen zu finden und zu fördern.

3. *Antisemitismus und Islamfeindlichkeit entgegentreten*

Zu den Vorurteilsstrukturen und den mit ihnen verbundenen Feindbildern gehört nach wie vor der Antisemitismus. Hinzugekommen ist wesentlich die Islamfeindlichkeit, die mittlerweile zum festen Bestandteil rechtsextremer und rechtspopulistischer Propaganda zählt. Neonazis versuchen offensichtlich aus der Tatsache, dass Islamfeindlichkeit auch in Teilen der Bevölkerung auf nicht unerhebliche Resonanz stößt, für sich Nutzen zu ziehen. Die steigende Zahl von Angriffen auf Moscheen ist ein Alarmzeichen unter vielen.

Der Rat der Religionen weist darauf hin, dass dem Rechtsextremismus eine allgemeine Religionsfeindschaft zu Eigen ist, die vor allem auf die religiösen Begründungen einer universalen Menschenwürde abzielt.

4. *Erschüttertes Vertrauen in den Rechtsstaat wieder herstellen*

In den letzten Monaten ist zu Recht die Frage gestellt worden, wie die Aktivitäten der Terroristen über einen Zeitraum von über 10 Jahren unerkannt bleiben konnten. Den Familien der Opfer wurde zum erlittenen menschlichen Verlust zudem über einen langen Zeitraum der falsche Verdacht zugemutet, die Täter im eigenen Umfeld suchen zu müssen. Die Vorgänge haben bei vielen Menschen das Vertrauen in das Funktionieren der Organe des Rechtsstaats erschüttert. Es gilt mit allem Nachdruck dem Eindruck zu wehren, dass dem Rechtsterrorismus nicht die gleiche Aufmerksamkeit und die gleichen Ressourcen zu seiner Bekämpfung zur Verfügung gestellt werden wie etwa dem linksextremistischen Terror in der Vergangenheit oder dem islamistischen Terror der Gegenwart.

Die Erhaltung, bzw. Wiederherstellung des Vertrauens in den Rechtsstaat muss daher in der Politik Priorität in Wort und Tat erhalten.

Der Rat der Religionen Frankfurt spricht den Angehörigen der Opfer des Rechtsterrorismus sein Mitgefühl aus.

Er wird weiterhin alles daran setzen, einer ideologisch motivierten Spaltung der Gesellschaft in ein „Wir“ und „die anderen“, bzw. „die Fremden, die nicht hierhergehören“ entgegenzuwirken.

Der Rat der Religionen plant bald nach dieser Stellungnahme eine öffentliche Veranstaltung zu dem Themenkomplex, um die Diskussion in und mit der Stadtgesellschaft weiter zu führen.

V.i.S.d.P.:

Pfr. Athenagoras Ziliaskopoulos
Vorsitzender

Ünal Kaymakci
Stellv. Vorsitzender